



Kern: Lehrkräfteplanung ist symptomatisch für grüne Flickschusterei in der Bildungspolitik

Wer faktisch nur noch zwei Schularten und den Einheitslehrer anstrebt, darf sich nicht wundern, wenn sich immer weniger Menschen für diesen großartigen Beruf entscheiden

Zu der Meldung des SWR, wonach aktuell 2.800 Lehrerstellen ausgeschrieben sind und Kultusministerin Schopper für einen Wechsel von Gymnasiallehrkräften an andere Schularten wirbt, äußert sich der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Die Ausschreibung von 2.800 Stellen wirkt auf den ersten Blick wie eine gute Nachricht, offenbart aber zugleich das ganze Ausmaß der verfehlten grünen Bildungspolitik. Denn die seit 2011 grün geführte Landesregierung trägt die Verantwortung dafür, dass der Lehrerberuf zunehmend an Attraktivität verloren hat: Wiederkehrende Strukturdebatten, zu große Klassen, immer mehr zusätzliche Aufgaben jenseits des Unterrichts, wachsende Berichts- und Dokumentationspflichten und fehlende Verlässlichkeit in der Bildungspolitik schrecken viele Menschen ab. Statt einer vorausschauenden Planung leiden Schulen, Lehrkräfte, Schüler und Eltern unter grüner Flickschusterei.

Wer zudem faktisch nur noch zwei Schularten und perspektivisch den Einheitslehrer anstrebt, darf sich nicht wundern, wenn sich immer weniger Menschen für diesen großartigen Beruf entscheiden. Wenn der Lehrerberuf heute wirklich attraktiv wäre, müsste man Gymnasiallehrkräfte nicht mit befristeten Abordnungen an andere Schularten locken, um strukturelle Fehlentscheidungen auszugleichen.

Wir Freie Demokraten stehen für starke, eigenständige Schularten und für ein Bildungssystem, das Vielfalt als Stärke begreift. Der Lehrkräfteberuf gewinnt nicht durch Appelle, sondern durch bessere Rahmenbedingungen: konsequente Entlastung von fachfremden Aufgaben, spürbarer Abbau von Bürokratie, der Ausbau multiprofessioneller Teams, mehr Schulpsychologie und Schulsozialarbeit sowie digitale Hausmeister und Verwaltungsassistenzen für die Schulleitungen. Am 8. März entscheidet sich die Zukunft unseres Schulsystems und der Fortbestand des vielgliedrigen Schulwesens.“